



Dresdner Thesen

der Sparkassen, Landesbanken, öffentlichen Versicherer und Landesbausparkassen
zum 24. Deutschen Sparkassentag am 24./25. April 2013 in Dresden

- Europas Stärke liegt in der Unterschiedlichkeit und im Aufbau von unten nach oben. Eine vertiefte Europäische Union muss das respektieren.
- Die Europäische Währungsunion muss durch verbindlichere Regeln für die Haushaltspolitik und die Rückführung der Altschulden wieder zur Stabilitätsunion werden.
- Die EZB muss eine Geldpolitik betreiben, die Stabilitätsrisiken für die Zukunft vermeidet und Anreize zum Sparen setzt.
- Eine einheitliche europäische Einlagensicherung wird abgelehnt. Jeder Mitgliedsstaat der Europäischen Union muss die Sicherheit der Einlagen auf einem europäischen Mindestniveau aus eigener Kraft sicherstellen.
- Verantwortungsbewusst und nachhaltig handelnde Kreditinstitute machen ihr Geschäftsmodell und die Verwendung eingeworbener Einlagen transparent.
- Kreditinstitute müssen durch ihre Geschäftspolitik ausreichend Eigenvorsorge schaffen und notfalls aus dem Markt ausscheiden, wenn ihnen dies aus eigener Kraft oder mit marktgerechter Unterstützung ihrer Eigentümer nicht gelingt und kein nachhaltiges Geschäftsmodell gegeben ist.
- Kundennahe Kreditinstitute und Verbände wie die Sparkassen-Finanzgruppe sind besonders stabil und dürfen deshalb bei gesetzlichen Regelungen gegenüber Konzernbanken nicht benachteiligt werden.
- Je höher das Risiko einer Bank, desto schärfer muss die Regulierung sein. Dabei ist neben der Größe des Instituts stärker als bisher auf die gesellschaftliche Relevanz sowie den Kunden- und Verbundbezug der Geschäftsmodelle abzustellen.
- Sparkassen wollen als kommunal und bürgerschaftlich getragene Kreditinstitute den Kunden nahe bleiben und deshalb das Internet verstärkt nutzen, um Kunden auch im Netz persönliche Beratung anzubieten und dazu die bestehenden persönlichen Kontakte zu verlängern.
- Durch Abbau von Überregulierungen bei der Wertpapierberatung muss Kunden wieder eine Teilhabe an Wertentwicklungen der Märkte ermöglicht werden.

Erläuterung:

Die Finanzkrise und die europäische Staatsschuldenkrise erschüttern das Vertrauen der Menschen in die Finanzmärkte und in die Stabilität in Europa. Auch wenn die Finanzkrise maßgeblich durch einzelne, Risiken außer Acht lassende Akteure der Finanzbranche ausgelöst wurde, treffen die Konsequenzen die gesamte Kreditwirtschaft. Deshalb steht die gesamte Branche vor der grundlegenden Aufgabe, durch ihre Geschäftspolitik Vertrauen aufzubauen und Stabilität zu fördern.

Die Politik steht vor der Herausforderung, in der Europäischen Währungsunion eine nachhaltige Stabilitätskultur zu etablieren und die gesamte Europäische Union so weiterzuentwickeln, dass Subsidiarität und Eigenverantwortung erhalten und gleichzeitig mehr Gemeinsamkeiten entwickelt werden. Notwendige Regulierungen für die Finanzmärkte müssen Anreize für ein nachhaltiges Handeln in der Finanzwirtschaft setzen und in angemessener Weise zwischen unterschiedlichen Geschäftsmodellen, vor allem zwischen unterschiedlichen Risikolagen, differenzieren.

Vor diesem Hintergrund halten Sparkassen, Landesbanken, Landesbausparkassen, öffentliche Versicherer und alle anderen Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe zum 24. Deutschen Sparkassentag Anforderungen an eine nachhaltige Finanzwirtschaft, an ein stabiles Europa und für die eigene Geschäftspolitik fest:

1. Europas Stärke liegt in der Unterschiedlichkeit und im Aufbau von unten nach oben. Eine vertiefte Europäische Union muss das respektieren.

Auch in einer vertieften Europäischen Union muss das Subsidiaritätsprinzip konsequent beachtet werden, um den in der Unterschiedlichkeit liegenden Stärken in Europa, etwa der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland, besser als bisher gerecht zu werden. In einem transparenten Verfahren müssen ein breiter gesellschaftlicher Konsens und eine demokratische Legitimation in den Mitgliedsstaaten darüber hergestellt werden, welche Art von Weiterentwicklung der Europäischen Union die Bürger wirklich wollen.

2. Die Europäische Währungsunion muss durch verbindlichere Regeln für die Haushaltspolitik und die Rückführung der Altschulden wieder zur Stabilitätsunion werden.

Zu den Grundlagen der Europäischen Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft gehören die Unabhängigkeit der Notenbanken, ein eindeutiger Vorrang für die Sicherung der Geldwertstabilität sowie die Haushaltsdisziplin und finanzielle Eigenverantwortung ihrer Mitgliedsstaaten. Durch zu hohe Staatsverschuldungen und falsch strukturierte Bankensysteme in einer ganzen Reihe von Euro-Mitgliedsstaaten werden diese Grundlagen derzeit erheblichen Belastungen ausgesetzt. Eine zentrale Aufgabe der europäischen Politik ist es deshalb, die Währungsunion als Stabilitätsunion zu vollenden. Über den ab 2014 in Kraft gesetzten

Fiskalpakt hinaus sind deshalb verbindlichere Regeln für die Haushaltsführung und automatische Sanktionsmechanismen notwendig, die politischen Opportunitätserwägungen entzogen sind. Bei der Befreiung der Euroländer von übermäßigen, bereits aufgebauten Altschulden kann ein Altschuldentilgungsfonds schrittweise entscheidende Beiträge leisten, wenn damit klare und verbindliche langfristige Tilgungsverpflichtungen der betroffenen Länder verbunden sind.

3. Die EZB muss eine Geldpolitik betreiben, die Stabilitätsrisiken für die Zukunft vermeidet und Anreize zum Sparen setzt.

Zu hohe Staatsverschuldungen innerhalb der Europäischen Währungsunion haben in den vergangenen Jahren besondere Stabilisierungsmaßnahmen der Europäischen Zentralbank zur Folge gehabt, die zu einer Beruhigung auf den Finanzmärkten geführt haben. Die direkte oder auch nur indirekte Finanzierung von Staatshaushalten oder die Stabilisierung von Banken einzelner Mitgliedsländer gehört nicht zu den Aufgaben der EZB und gefährdet ihre Unabhängigkeit. Negative Realzinsen vermindern das Vermögen der Sparer. Dadurch werden Anreize zur Eigen- und zur Altersvorsorge genommen. Die europäische Politik muss der EZB deshalb schnellstmöglich Handlungsspielräume eröffnen, um eine Geldpolitik zu betreiben, die Stabilitätsrisiken in der Zukunft vermeidet und Anreize zu einer Vorsorge in der breiten Bevölkerung setzt.

- 4. Eine einheitliche europäische Einlagensicherung wird abgelehnt. Jeder Mitgliedsstaat der Europäischen Union muss die Sicherheit der Einlagen auf einem europäischen Mindestniveau aus eigener Kraft sicherstellen.**

Bei der Ausgestaltung der europäischen Mindeststandards muss stärker als bisher darauf geachtet werden, dass der bestehende Mindesteinlagenschutz Kapitalanlagen nicht zu Instituten lenkt, die aus sich selbst heraus nicht die notwendige Solidität aufweisen und im Falle eines Scheiterns unweigerlich die Hilfe von nationalen Steuerzahlern oder gar aus anderen Ländern der Europäischen Union benötigen. Eine Zusammenführung der nationalen Einlagensicherungen, auch durch gegenseitige verpflichtende Kreditgewährungen, muss unterbleiben. Nur so lassen sich mögliche Krisenfälle regional beschränken und schädliche Verunsicherungen der Sparer in ganz Europa vermeiden.

- 5. Verantwortungsbewusst und nachhaltig handelnde Kreditinstitute machen ihr Geschäftsmodell und die Verwendung eingeworbener Einlagen transparent.**

Kunden sollten in die Lage versetzt werden selbst zu beurteilen, ob ihr Kapital in ihrem Sinne eingesetzt wird. Besonders glaubwürdig können hier dezentrale Kreditinstitute wie die Sparkassen handeln, weil bei ihnen die Mittelverwendung vor Ort klar erkennbar ist.

- 6. Kreditinstitute müssen durch ihre Geschäftspolitik ausreichend Eigenvorsorge schaffen und notfalls aus dem Markt ausscheiden, wenn ihnen dies aus eigener Kraft oder mit marktgerechter Unterstützung ihrer Eigentümer nicht gelingt und kein nachhaltiges Geschäftsmodell gegeben ist.**

Nachhaltiges Handeln in der Finanzwirtschaft erfordert es, Wachstum solide aus der eigenen Geschäftstätigkeit zu erwirtschaften. Das erwirtschaftete Kapital darf nur so eingesetzt werden, dass die Deckung der eingegangenen Risiken gesichert, der Aufbau von Sicherheitsreserven aus eigener Kraft ermöglicht und die Grundsubstanz des Instituts nicht gefährdet werden. Institute, die diese Anforderungen nicht erfüllen und Hilfestellungen Dritter benötigen, sind in der Pflicht, wirksame Konsequenzen zu ziehen. Das muss in der Regel durch Verringerung der Risikoaktiva und Verkleinerung der Bilanzsumme, notfalls aber

auch durch ein geregeltes Ausscheiden aus dem Markt erfolgen. Eine dauerhafte Subventionierung von Kreditinstituten durch Staatshilfen oder besonderen Zugang zu Liquiditätsversorgungen der Zentralbanken verzerrt den Wettbewerb zulasten stabiler Institute und muss unterbleiben.

- 7. Kundennahe Kreditinstitute und Verbünde wie die Sparkassen-Finanzgruppe sind besonders stabil und dürfen deshalb bei gesetzlichen Regelungen gegenüber Konzernbanken nicht benachteiligt werden.**

Kernaufgabe der Finanzwirtschaft ist es, Kundeneinlagen einzuwerben, sicher zu verwenden und verlässlich für private und unternehmerische Investitionen bereitzustellen. Dabei muss die umfassende Versorgung von Privatpersonen und Wirtschaft mit allen benötigten Finanzprodukten sichergestellt werden. Jegliche Regulierung sollte diese Kernaufgaben der Kreditwirtschaft fördern und gegen schädliche Einflüsse schützen. Dabei dürfen Verbundorganisationen, die diese Aufgaben arbeitsteilig in unterschiedlichen Unternehmen einer Gruppe erfüllen, gegenüber Konzernorganisationen regulatorisch nicht benachteiligt werden. Das erfordert teilweise ausdrückliche Regelungen für Verbundgeschäfte, etwa im Rahmen der aktuellen Trennbankendiskussion.

- 8. Je höher das Risiko einer Bank, desto schärfer muss die Regulierung sein. Dabei ist neben der Größe des Instituts stärker als bisher auf die gesellschaftliche Relevanz sowie den Kunden- und Verbundbezug der Geschäftsmodelle abzustellen.**

Internationale, europäische und deutsche Finanzmarktregulierungen müssen die bestehende Vielfalt im Bankensektor respektieren – im Interesse des Wettbewerbs, aber auch wegen ihres Beitrags zur Stabilisierung des Finanzmarktes. Sie müssen in ihren Anforderungen deutlich zwischen den Risiken unterschiedlicher Geschäftsmodelle und Geschäfte unterscheiden. Derzeit droht durch die Vielzahl nicht aufeinander abgestimmter Regulierungen eine Einschränkung der Funktionsfähigkeit der Finanzwirtschaft.

- 9. Sparkassen wollen als kommunal und bürgerschaftlich getragene Kreditinstitute den Kunden nahe bleiben und deshalb das Internet verstärkt nutzen, um Kunden auch im Netz persönliche Beratung anzubieten und dazu die bestehenden persönlichen Kontakte zu verlängern.**

Grundlage des Sparkassengeschäfts ist und bleibt die Beziehung von Mensch zu Mensch. Hierzu bieten die Sparkassen auch künftig ein flächendeckendes Geschäftsstellennetz, das durch mobile Geschäftsstellen, mobile Berater und Online-Angebote ergänzt wird. Die dadurch mögliche flächendeckende persönliche Beratung eröffnet breiten Kundengruppen überhaupt erst den Zugang zu Finanzdienstleistungen des gesamten Verbundes der Sparkassen-Finanzgruppe und erschließt die Möglichkeit, systematisch einen Vermögensaufbau und eine Absicherung von Lebensrisiken vorzunehmen. Diese Geschäftsphilosophie wollen die Sparkassen auch in soziale Netzwerke und Online-Dienstleistungen umsetzen und damit das im Verbund bereits erfolgreich bestehende Online-Angebot noch erweitern. Dazu sollen die vielen Kontakte, die in der Regel in der Geschäftsstelle geknüpft wurden, auch in Online-Angeboten weitergeführt und den Kunden auch im Netz persönliche Beratung zur Seite gestellt werden.

- 10. Durch Abbau von Überregulierungen bei der Wertpapierberatung muss Kunden wieder eine Teilhabe an Wertentwicklungen der Märkte ermöglicht werden.**

Sparkassen und ihre Verbundpartner bekennen sich zu dem Ziel, möglichst flächendeckend in Deutschland jegliche Finanzdienstleistungen, insbesondere auch Wertpapierberatungen anzubieten. Die zwischenzeitliche Überregulierung hat aber dazu geführt, dass dies nur noch eingeschränkt möglich ist. Kunden müssen sich dann entweder ohne unterstützende Beratung in der Welt des Online-Brokerage zurechtfinden. Oder sie investieren mangels Beratung vor Ort gar nicht mehr in Wertpapiere. Beides kann politisch nicht gewollt sein. Notwendig ist deshalb eine neue politische Initiative zur Förderung des Wertpapiersparens. Die Entbürokratisierung der Wertpapierberatung muss ein zentraler Bestandteil dieser Initiative sein. Nur so ist es auch möglich, der Aktienkultur in der größten Volkswirtschaft in Europa einen nachhaltigen Impuls zu geben.